



Migranten im öffentlichen Dienst

Schlusslicht oder Vorbild?

In Deutschland stammt mittlerweile fast jeder Fünfte aus einer Einwandererfamilie – rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben hier. Zwar stellen sie einen beträchtlichen Anteil der Bevölkerung dar, aber gerade bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt hapert es, und nur ganz wenige Einwanderer oder ihre Nachkommen sind bislang im öffentlichen Dienst beschäftigt. Das soll sich in Zukunft ändern – die Erkenntnis, dass die Verwaltung als Dienstleister für alle Bürger die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und Mitarbeiter mit interkulturelle Kompetenzen beschäftigen muss, ist mittlerweile unumstritten. Aktuell ist der öffentliche Dienst in Sachen Migrantenbeschäftigung allerdings eher Schlusslicht denn Vorbild: Während beispielsweise immerhin 24 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland Einwanderer sind, kommen sie im öffentlichen Dienst nur auf 2,1 Prozent...

Menschen mit Migrationshintergrund – also die ausländische Bevölkerung, unabhängig davon, ob sie im Inland oder im Ausland geboren wurde, sowie alle Zugewanderten unabhängig von ihrer Nationalität – sind in Deutschland auf dem Arbeitsmarkt auch mit einer guten Ausbildung benachteiligt. Nach einer im Oktober 2009 vorgelegten Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben deutsche Firmen Vorbehalte, Migranten, auch der zweiten Generation, einzustellen – selbst, wenn sie ein hohes Bildungsniveau nachweisen können. Auffallend ist laut OECD zudem, dass der öffentliche Dienst hierzu-land keine Vorreiterrolle bei der Integration übernimmt. So sind in der öffentlichen Verwaltung nur drei Prozent der Migranten der zweiten Generation beschäftigt. Bei Erwachsenen ohne Migrationshintergrund seien es zehn Prozent – im internationalen Vergleich eine einmalige Differenz, so die OECD.

Buntes Personalmarketing und flotte Kampagnen

Zahlen, die wachrütteln, zumal in Zeiten des demographischen Wandels mit dem absehbaren Rückgang an Arbeitskräften, ange-

sichts dessen Deutschland künftig ohnehin stärker als je zuvor auf sein Zuwandererpotenzial bauen muss. So haben denn auch die Behörden und Verwaltungen bei Bund, Län-

dern und Kommunen als Arbeitgeber eine neue Zielgruppe entdeckt: zukünftige Leistungsträger mit Migrationshintergrund. Weder Staatsangehörigkeit, ethnische Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexuelle Identität stellen ein Hemmnis beim Zugang zu öffentlichen Ämtern dar – entscheidend über Einstellung und berufliche Entwicklung sind ausschließlich Eignung, Befähigung und Leistung. Diese Botschaft verbreitet das öffentliche Personalmarketing in eigens aufgelegten Kampagnen mittlerweile nahezu flächendeckend. An der Spitze der Bewegung stehen vor allem jene Behörden, die im unmittelbaren Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern stehen: Polizei, Feuerwehr, Leistungsverwaltung.

„Wir sind Hamburg – Bist Du dabei?“, lautet der Claim der Personalmarketingkampagne, mit der die Hansestadt den Anteil der Auszu-

The screenshot shows the Hamburg website interface. At the top, there's a search bar and navigation links for 'hamburg.de', 'HOTELS & TOURS', 'KULTUR & TICKETS', 'JOBS & WIRTSCHAFT', 'ERLEBES HAMBURG', 'SHOPPING & GASTRO', 'VERKEHR & VERKEHR', 'BIBLIOTHEK', and 'STADT & STAAT'. The main content area features a large banner for 'Wir sind Hamburg - Bist Du dabei?' with the subtext 'Junge Menschen mit Migrationshintergrund gesucht!'. Below the banner, there are several articles and sections, including 'Ausstellungsmessen' and 'Wir sind Hamburg - Bist Du dabei?'.

bildenden mit einem Migrationshintergrund bis 2011 auf bis zu 20 Prozent erhöhen will.

„Rund 26 Prozent der Bevölkerung haben einen anderen kulturellen Hintergrund. Das soll sich auch in unserer Verwaltung widerspiegeln“, sagt Volker Bonorden, Leiter des Hamburger Personalamtes. Can-Suat Simsek ist dabei. Im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst der Hamburger Berufsfeuerwehr.

„Meine Eltern sind im Jahr 1973 aus der Türkei ausgewandert. Ich bin in Lübeck geboren und dort auf-

gewachsen“ erzählt der junge Mann.

Nach der mittleren Reife machte Can sein technisches Fachabitur und trat bei einer Hilfsorganisation zum Zivildienst an. Dort kam er zum ersten Mal mit der Feuerwehr in Berührung – und hatte seinen Traumjob gefunden. Weil ein abgeschlossener handwerklicher Beruf zur Einstellungsvoraussetzung bei den roten Rettern gehört, machte er binnen zweieinhalb Jahren eine Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker. Bereits während der Lehrzeit bewarb sich Can bei Hamburger Feuerwehr und bestand sofort den Einstellungstest. „Sehr glücklich“ ist der junge Deutsch-Türke, dass er einen so abwechslungsreichen Beruf mit so vielseitigen Aufgaben hat. Pria Chawla ist in der Hamburgischen Behörde für Kultur, Sport und Medien für den berühmten Jahrmarkt „Dom“ und den großen „Hafengeburtstag“ mitverantwortlich. Ihre Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten hat sich im Frühjahr erfolgreich abgeschlossen. Mit einem Jahr kam Pria mit ihren Eltern aus Afghanistan nach Deutschland, lebte erst in Heesen, und nun seit acht Jahren in Hamburg.

„Durch die Ausbildung bemerkte ich, dass Hamburg nicht nur

eine schöne und interessante Stadt ist, sondern auch eine gute Arbeitgeberin“, sagt die junge Frau, die im öffentlichen Dienst ihre berufliche Heimat gefunden hat.



Can-Suat Simsek

Umut Cantay hat es Deutschland am Anfang nicht leicht gemacht. Das Erste, was der Junge aus der Türkei vom Land sah, war ein Wohnschiff für Flüchtlinge auf der Elbe in Hamburger-Altona. Das Erste, was er spürte, war Wut, als ihn die Behörden wegen seiner schlechten Deutschkenntnisse eine Schulklasse zurückstufen. Aber heute steht Umut am Rednerpult in der Mehrzweckhalle eines Gymnasiums, zupft die Ärmel seines Nadelstreifenanzugs zurecht und erzählt den Schüler, die vor ihm sitzen, warum Deutschlands öffentlicher Dienst eine gute Sache ist. Umut Cantay ist Diplom-Finanzwirt, Steuerinspektor in der Hansestadt. Umut weiß: Menschen wie er sind beim öffentlichen Dienst in der ganzen Republik beliebter denn je: jung, begabt, mit fremden Wurzeln. Die begehrte Zielgruppe soll zur besseren Verständigung zwischen den Behörden und der Bevölkerung beitragen, doch sie weiß oft nichts von dieser Perspektive. Manche orientieren sich an den Berufen der Eltern, die in der Regel keine Beamten sind. Und manche denken, dass man ohne deutschen Pass nicht Polizist werden könne oder in den Amtsstuben kein Kopftuch tragen dürfe.

Deswegen gehen die Verwaltungen und Behörden in die Offensive: In Duisburg arbeiten Schulen und Vertreter der verschiedenen Einwanderergruppen eng zusammen, Köln legt den direkten Draht zu Berufsberatern und Jobcentern. Hamburg inseriert in der „Hürriyet“, allerorten werben Personaler auf Jobmessen und bei Schulvisiten um den bunten Nachwuchs. Umut Cantay jedenfalls ist begeistert von seinem Beruf und stolz darauf, ein Beamter zu sein: „Wir bringen den Staat zum Leben, was wir tun, dient der

Allgemeinheit.“ Auch seine Eltern sind angehen, in seinem Bekanntenkreis interessieren sich nun viele für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst – seine Cousine hat gerade ein Praktikum beim Finanzamt gemacht...

„Berlin braucht dich!“ – fast 15 Prozent mehr Migranten

„Berlin braucht dich!“, heißt es seit 2006 in der Hauptstadt, wo sich der Senat das Ziel gesetzt hat, den Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Berliner Verwaltung deutlich zu erhöhen. Die Kampagne – selbstverständlich mehrsprachig – informiert die jungen Migranten über die Ausbildungsberufe im öffentlichen Dienst, porträtiert junge Zuwanderer, die es bereits in die Verwaltung geschafft haben. Mit Erfolg: Der Anteil der Azubis mit Migrationshintergrund konnte von knapp 8 Prozent im Jahr 2006 auf rund 15 Prozent erhöht werden. „Wir brauchen heute qualifizierte Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz, um auch morgen noch wettbewerbsfähig zu sein, Vielfalt macht uns stark“, sagt der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit. Berlins Integrationsbeauftragter Günter Piening ist stolz auf die Gesichter der Kampagne, die Werbung für mehr Vielfalt im öffentlichen Dienst der Hauptstadt machen – wie Meriban Aktae.



Meriban Aktae



Pria Chawla

Die türkischstämmige Jugendliche hat den Sprung in die Verwaltung geschafft, obwohl sie in der neunten Klasse wegen familiärer Probleme zunächst die Schule schmiss. Aber dann machte sie den erweiterten Hauptschulabschluss, bewarb sich mit ihren guten Noten erfolgreich für die Ausbildung zur Bürokauffrau in der Senatsinnenverwaltung und arbeitet heute in der Behörde von Günter Piening.

**Nationaler Integrationsplan:
Selbstverpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen**

Die Integration der Zuwanderer und ihrer Nachkommen in Deutschlands öffentlichen Dienst steht auch bei der Bundesregierung ganz oben auf der Agenda. Regelmäßig wird beim Nationalen Integrationsgipfel, den es seit 2006 gibt, auf den Nachholbedarf nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch in

Verwaltungen und Behörden hingewiesen und mit der Vereinbarung von Maßnahmen und Selbstverpflichtungen die Trendwende versucht. So ist im Nationalen Integrationsplan festgehalten, dass sich Bund, Länder und Kommunen ihrer Rolle als Arbeitgeber bewusst sind und ihre Einstellungspraxis bewusst mit Blick auf die Migranten überprüfen. Sprachliche und interkulturelle Kompetenzen sollen angemessen berücksichtigt werden.

Migrantenquote heftig umstritten

Heftig umstritten ist die wiederkehrende, vor allem von Zuwandererverbänden vorgebrachte Forderung nach einer Migrantenquote für den öffentlichen Dienst in Deutschland. Mehr Migranten, ja, Quote, nein – so will es zumindest die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Maria Böhmer, strebt einen deutlich höheren Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst an, eine Quote steht aber nicht zur Diskussion“, betonte die CDU-Politikerin Anfang Januar in Berlin. „Ohne Quote geht es nicht, das hat die Praxis gezeigt“, sagte dagegen Kenan Kolat, Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland. Bei Einstellungen gebe es oft eine „verdeckte Nicht-Bevorzugung“ von Menschen mit Migrationshintergrund, so Kolat. Dem könne eine Migrantenquote als „eine Art positive Diskriminierung“ entgegenwirken. Ebenfalls Beachtung dürfte ein neuer Vorstoß des Landes Berlin finden: Bei Bewerbungen und Ausschreibungen im öffentlichen Dienst will Sozialsenatorin Carola Bluhm (Linke) Bewerber mit Migrationshintergrund per Gesetz besser stellen. Berlin wäre damit das erste Bundesland, das ein solches Gesetz einführt. Das „Integrations- und Partizipationsgesetz“ ist derzeit in Arbeit, bis März 2011 soll es vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden... lba



Exklusiv für die Mitglieder der dbb jugend

Dagegen können auch wir Dich im Urlaub nicht versichern, ...



... aber falls Dir etwas Schlimmeres passiert als ein Sonnenbrand, gibt es unsere Auslandsreise-Krankenversicherung.

Sorge deshalb günstig vor:
für nur **4,68 Euro** im Jahr!

Onlineabschluss bis kurz vor Reiseantritt möglich!

Mehr unter www.dbb-vorsorgewerk.de

